

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 30. Januar 2019

77.

Zukunft «Masterplan Kasernenareal Zürich», Zuschrift

IDG-Status: öffentlich

Auf Antrag des Vorstehers des Hochbaudepartements wird an den Regierungsrat des Kantons Zürich geschrieben:

Mit grosser Enttäuschung hat der Stadtrat zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Kantonsrat der ausgehandelten Vereinbarung zur Zukunft des Kasernen- und Zeughausareals nicht zugestimmt hat. Eine Vereinbarung, die auf Regierungsebene in einem sorgfältigen Prozess erarbeitet wurde. Mit dieser Entscheidung wurden nicht nur der Regierungs- und der Stadtrat vor den Kopf gestossen, sondern vor allem die Bevölkerung, die aktiv an der Zukunft des Areals mitgearbeitet hat.

Trotz der Enttäuschung dankt der Stadtrat dem Regierungsrat und insbesondere dem Baudirektor für die konstruktive, pragmatische und zielführende Zusammenarbeit. Basierend auf dieser fundierten Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, möchte der Stadtrat zusammen mit dem Regierungsrat rasch eine Auslegeordnung machen, um Lösungswege aus der Sackgasse zu finden.

Aus Sicht des Stadtrats soll der Masterplan dabei weiterhin Gültigkeit behalten, wurden dessen inhaltliche Stossrichtungen in der Debatte des Kantonsrats doch kaum in Frage gestellt: Das Areal als ein städtischer und regionaler Magnet mit Quartierbezug; ein Erholungs-, Begegnungs- und Arbeitsort; Platz für die Kultur und für das Kleingewerbe und nicht zuletzt die Erhaltung des für eine wachsende Stadt so wichtigen Grün- und Freiraums. All dies scheint von der Mehrheit durchaus mitgetragen zu werden.

Wie der Masterplan trotz des negativen Entscheids des Kantonsrats weiterverfolgt werden kann, möchte der Stadtrat mit dem Regierungsrat in einer offenen und zukunftsgerichteten Weise erörtern und die aufgeworfenen Finanzierungs- und Eigentumsfragen diskutieren. Dass die in den letzten Jahren nicht mehr getätigten Unterhaltsinvestitionen vom Kanton zu tragen sind, scheint unbestritten.

Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass nun kein Stillstand eintritt, sondern sehr rasch und gemeinsam ein neuer Vorschlag ausgearbeitet werden kann. Drohende Leerstände in diesen zentralen Gebäuden sind unbedingt zu vermeiden. Dies ist man der Quartierbevölkerung und der Stadt schuldig. Im Vertrauen auf das Wort des Kantons, das Kasernenareal für die Bevölkerung freizugeben, hat die Stadtzürcher Stimmbevölkerung 2003 und 2011 deutlich ja gesagt zum Bau des Justiz- und Polizeizentrums. Dieses Versprechen steht nach wie vor im Raum.

Mitteilung an die Stadtpräsidentin und den Vorsteher des Hochbaudepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrats, die Stadtschreiberin, den Rechtskonsulenten und durch Zuschrift per Einschreiben an den Regierungsrat, Regierungspräsident Dr. Thomas Heiniger, Neumühlequai 10, Postfach 8090 Zürich.

Für getreuen Auszug
die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti